

Emissionshandel Position der Deutschen Zellstoff- und Papierindustrie

Ausgangslage

- Die Zellstoff- und Papierindustrie zählt zu den energieintensiven Grundstoffindustrien in Deutschland.
- Die Energiekosten machen durchschnittlich 10 % des Umsatzes aus.
- In der 3. Emissionshandelsperiode 2013 – 2020 erhalten die Anlagen der Zellstoff- und Papierindustrie für die Emissionen aus der Wärmeerzeugung kostenlose Emissionsberechtigungen nach anspruchsvollen Produktbenchmarks. Diese orientieren sich an den 10 % der CO₂-effizientesten Anlagen des entsprechenden Produktbereichs.
- Die Zellstoff- und Papierindustrie steht im internationalen Wettbewerb. Ohne Entlastung beim Emissionshandel droht die Abwanderung der Industrie ins außereuropäische Ausland (Carbon Leakage).
- Derzeit werden von der EU die Regeln für die 4. Handelsperiode für die Jahre 2021 – 2030 festgelegt. Der EU-Entwurf sieht vor, dass von der Gesamtzertifikatsmenge 57 % versteigert und 43 % anhand von Benchmarks zugeteilt werden sollen.

Forderungen der Papierindustrie für den Industriestandort Deutschland

- Erhalt des Carbon Leakage Status über 2020 hinaus. Solange kein allgemein verbindliches internationales Abkommen existiert, muss es auch post 2020 Ausnahmen geben.
- Beibehaltung des für die 4. Handelsperiode von der Kommission geplanten Ansatzes zur Überprüfung der Benchmarks in seinen Grundzügen, d. h. die Fortschreibung der bestehenden Benchmarks. Allerdings sollte der Versteigerungszugunsten des Zuteilungsanteils abgesenkt werden.
- Keine willkürliche Herausnahme von Zertifikaten aus dem Emissionshandel durch die EU-Kommission. Planwirtschaftliche Markteingriffe stören das Handelssystem und vermindern die Planungssicherheit für die Unternehmen. Durch die Festsetzung einer Emissions-Obergrenze (sog. „Cap“), welche jährlich abgesenkt wird, wird das Emissionsminderungsziel der Kommission von minus 20 % bis 2020 automatisch erreicht.
- Abstimmung, Begrenzung und Abbau ökologisch begründeter Zusatzkosten. Instrumente wie z. B. Emissionshandel und EEG erzeugen hohe Kosten und müssen aufeinander abgestimmt werden.
- Für die Stromerzeugung müssen alle Emissionsberechtigungen ersteigert werden. Das wirkt sich auf den Strompreis aus. Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, müssen hierfür weiterhin eine Strompreiskompensation erhalten.

Eine zukünftige Klima- und Energiepolitik muss so gestaltet werden, dass Unternehmen im internationalen Wettbewerb nicht behindert werden. Andernfalls werden künftige Investitionen der energieintensiven Branchen und auch der nachgelagerten Fertigungsstufen nicht mehr in Deutschland stattfinden.